

Soziale Politik & Demokratie

Für eine wirkliche sozialdemokratische Politik

„Aus sozialdemokratischer Überzeugung – Keine Zustimmung zur Gesundheitsreform!“

DIE massive Ablehnung der Gesundheits„reform“ aus der Bevölkerung, aus Gewerkschaften und SPD ist ungebroschen.

Der DGB und die Einzelgewerkschaften haben jetzt zu flächendeckenden Aktionen gegen die Politik der Großen Koalition aufgerufen. „In den Betrieben gibt es massiven Unmut, Unverständnis, ja sogar Wut“, erklären Sprecher der IG Metall.

Als Reaktion darauf wendet sich der SPD-Vorsitzende Kurt Beck in aller Schärfe gegen die Gewerkschaften, die es wagen, diese Wut gegen die Politik der Großen Koalition zu mobilisieren. Er warnt: „Wenn die Gewerkschaften ihre gesellschaftspolitische Aufgabe erfüllen wollen, tun sie gut daran, die gemeinsamen Wurzeln nicht in Frage zu stellen.“ (Stuttgarter Zeitung)

Nach Müntefering mit seiner Etikettierung der Gesundheits„reform“ als „historischen Fortschritt“ meint jetzt wohl Kurt Beck, auf das Mittel der dreisten Fälschung zurückgreifen zu müssen. Das paritätisch und solidarisch finanzierte System der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV), das die ArbeitnehmerInnen mit den Gewerkschaften und der SPD in der Nachkriegszeit erkämpft haben, ist

in der Tat eine gemeinsame Wurzel – die dieser Beck heute im Namen des politischen Auftrags der Großen Koalition gegen alle Widerstände ausreißen will.

„Wieso kann die Große Koalition eine ‘Reform’ aufzwingen wollen, die niemand will?“, fragen die Vertreter der Initiative für den Offenen Brief an die SPD-Bundestagsabgeordneten: „Stimmt mit Nein“ auf ihrem bundesweiten Treffen in Köln am 27. Januar.

Kanzlerin Merkel hat zuletzt in ihrer Neujahrsrede betont, dass sie die Umsetzung der Gesundheits„reform“ in Deutschland braucht, um darauf gestützt diese Politik in ihrer EU-Ratspräsidentschaft ganz Europa aufbürden zu können.

Die VertreterInnen des Offenen Briefes antworten in ihrer Resolution mit dem Verweis auf das immer heftigere Drängen der EU auf den „Umbau der sozialen Sicherungssysteme“ zur „Senkung der Kosten im Gesundheitswesen und der Lohnnebenkosten“. Erst jetzt hat die EU-Kommission eine neue Richtlinie angekündigt, die mit neuem Nachdruck die europäischen Länder auffordern soll, ihre nationalen sozialen Sicherungssysteme „umzubauen und anzupassen“. Das ist das „treibende Motiv der uns in Deutschland zugemuteten Gesundheitsreform“ (Resolution, s. S. 3).

Müntefering und Beck scheuen keine Mühe und Mittel, um die SPD und ihre Abgeordneten dieser Politik der Großen Koalition, diktiert von der EU, zu unterwerfen.

Man erkennt „die SPD in der Reform

nicht wieder“, erklärt dagegen der SPD-Abgeordnete Wolfgang Wodarg. Andere sagen, dass sie eine Zustimmung keinesfalls mit ihrer sozialdemokratischen Überzeugung vereinbaren können.

Und wirft Wolfgang Wodarg nicht das



EU verpflichtet: Gesundheits„reform“ durchpeitschen

zentrale Problem auf: „Mir ist im Konfliktfall der Erhalt des gesellschaftlichen Zusammenhaltens wichtiger als der Erhalt der Großen Koalition!“

Die SPD-Abgeordneten, die diese „Reform“ ablehnen, befinden sich damit im Einklang mit der Ablehnung der Bevölkerungsmehrheit, der Gewerkschaften und der großen Mehrheit der SPD-Mitglieder und -WählerInnen. Wenn sie, entsprechend diesem Mehrheitswillen, dagegen stimmen, stoßen sie zusammen mit den Zwängen der Großen Koalition und mit den Anforderungen der EU, die Merkel grundsätzlich zum Auftrag der Großen Koalition macht.

„Wir sind der Überzeugung, dass die Einheit der ArbeitnehmerInnen mit Gewerkschaften und SPD, die Zerstörung des Gesundheitswesens stoppen und verhindern kann!“, erklären die KollegInnen auf der Kölner Versammlung, und erinnern damit an die wirklichen „gemeinsamen Wurzeln“. CARLA BOULBOULLÉ

- Zum Inhalt:**
- Kampagne für das Nein der SPD-Abgeordneten zur GESUNDHEITS„REFORM“
 - Kollegen stellen sich gegen die Privatisierung der BAHN
 - EGB und öffentliche Dienstleistungen
 - 27. 1. USA: Antikriegsdemonstration für den Rückzug der Truppen

ÖSTERREICH • Revolte gegen die Große Koalition, für „eine Minderheitsregierung der SPÖ“

Während Angela Merkel, aktuelle Präsidentin der EU, das „deutsche Vorbild“ der Großen Koalition zwischen ihrer Partei CDU und der SPD für ganz Europa anpreist, durchzieht ein wahrer Proteststurm das Nachbarland Österreich. Nie in ihrer Geschichte wurde die SPÖ derart durch einen Sieg erschüttert, analysiert die österreichische Zeitung »Standard«.

Was ist geschehen?

Am 1. Oktober 2006 erleidet die größte bürgerliche Partei ÖVP, die seit 1999 zusammen mit den Rechtsextremen die Regierung bildete, eine schwere Wahlniederlage. Am gleichen Abend wird in von den Jungsozialisten (SJÖ) organisierten Demonstrationen eine „Minderheitsregierung der SPÖ“ (Sozialdemokratische Partei Österreichs) gefordert.

Doch der SPÖ-Vorsitzende Gusenbauer will davon nichts hören und beginnt Verhandlungen mit der ÖVP für eine Große Koalition. Er gibt eins nach dem anderen die wenigen Wahlversprechen an die ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen auf, wie z.B. die Kündigung des sehr unpopulären Kaufs von 18 Eurofighter-Düsenjägern.

Am 29. Dezember 2006 veröffentlicht die ISP (»Initiative für eine sozialistische Politik der SPÖ«) eine gemeinsame Erklärung mit der Sozialistischen Jugend Wien:

„Die Schlüssel-ÖVP ist abgewählt worden. Wir wollen keine Koalition um jeden Preis! Eine SPÖ-Minderheitsregierung mit freier Mehrheitsbildung im Nationalrat ist der Aufgabe unserer

Grundsätze vorzuziehen. Einheit und Glaubwürdigkeit unserer Partei dürfen nicht gefährdet werden!“

Aber Gusenbauer will nicht auf die Forderungen der Jugend und ArbeitnehmerInnen hören, auf den Willen der SPÖ-Basis, die bei einer Bevölkerung von 8 Millionen 500.000 Parteimitglieder hat.

Mit der Ankündigung, dass am 11. Januar 2007 die Große Koalition SPÖ-ÖVP gebildet wird, wird auch das letzte Wahlversprechen gebrochen: die von den Rechtsparteien eingeführten Studiengebühren werden nicht abgeschafft. Das bringt das Fass zum Überlaufen.

Hunderte JungsozialistInnen und GewerkschafterInnen besetzen das zentrale Parteibüro der SPÖ. In den Großstädten des Landes, in Wien, Graz, Linz und Salzburg, demonstrieren Tausende mit den Losungen: „Nein zum Diktat der ÖVP!“ „Für eine SPÖ-Minderheitsregierung!“ „Streichung der Studiengebühren – haltet eure Versprechen ein!“, und auch „Verräter, Verräter!“ Einige hundert SPÖ-Mitglieder treten enttäuscht aus der Partei aus, doch der Widerstand reicht bis in die SPÖ-Spitzen.

25% des nationalen Vorstands haben sich gegen die Große Koalition ausgesprochen. Die Liste der Verantwortlichen und der regionalen Organisationen der SPÖ, die die Abschaffung der Studiengebühren fordern, wird täglich länger: Oberösterreich, Vorarlberg, Kärnten, Salzburg... Überall in der SPÖ entstehen Gruppierungen gegen „die Kapitulation der Minderheit um Gusenbauer“, wie z.B. die Gruppe „Wir sind die SPÖ“, die in wenigen Tagen über 1000 Anhän-

ger gewinnt. SPÖ-Basismitglieder, aber auch Verantwortliche der SPÖ und der mächtigen ÖGB-Zentrale wie Hans Sallmutter vom ÖGB-Vorstand, der bekannt dafür ist, dass er vor 5 Jahren eine wichtige Rolle im größten Streik der Nachkriegszeit gegen die Renten“reform“ der ÖVP gespielt hat, sagen:

„Austritt aus der SPÖ ist keine Lösung! Lassen wir uns nicht die SPÖ rauben. Wir wollen eine SPÖ-Regierung, die eine sozialdemokratische Politik für die Arbeitnehmer durchführt, statt sich dem Diktat der ÖVP zu beugen...“

Verbindet sich diese Revolte nicht mit dem erbitterten Kampf ihrer deutschen KollegInnen, der Krankenschwestern, ÄrztInnen, GewerkschafterInnen, der SPD-Mitglieder und –Verantwortlichen, die sich seit Monaten für die Aufhebung der Gesundheits“reform“ mobilisieren und damit den Bruch der Großen Koalition SPD-CDU auf die Tagesordnung setzen?

Eines ist sicher. Auf der einen Seite beieilt sich Gusenbauer, Merkel seiner „vollen Unterstützung“ beim „Neustart der Europäischen Verfassung“ gegen alle Völker Europas zu versichern. Dagegen erheben sich die österreichische Arbeiterschaft und Jugend, nachdem sie in der lähmenden langen Nachkriegszeit von einem allmächtigen Apparat unterdrückt worden sind. Sie erheben sich, um sich mit dem Widerstand aller europäischen ArbeitnehmerInnen gegen die Zwangsjacke der „Großen Koalitionen“ zu verbinden, in die die EU alle pressen will.

KORRESPONDENT

IMPRESSUM

Soziale Politik & Demokratie erscheint 14-täglich. Für den Inhalt der Artikel sind jeweils die UnterzeichnerInnen verantwortlich. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Nachdruck (mit Quellenangabe) ist erwünscht; bitte Belegexemplar zusenden.

NÄCHSTER REDAKTIONSSCHLUSS:
8. 02. 07

Redaktionsadresse:

Soziale Politik & Demokratie
Postfach 120 755; 10597 Berlin
Fax-Nummer: 030 / 313 16 62
E-Mail: Soziale.Politik.und.Demokratie@t-online.de - Bestellungen, Beiträge und Mitteilungen bitte an diese Adresse schicken. / www.soziale-politik-und-demokratie.de

Redaktion / HerausgeberInnen Berlin:

Carla Boulboullé, Rainer Döring,
Udo Eisner, Volker Gernhardt, Ute Grahl, Gott-
hard Krupp, Volker Prasuhn,
Birgit Schöller, Volkmar Schöne,
Klaus Schröer, Hans Weigt, Axel Zutz

HerausgeberInnen:

Brandenburg: Bodo Fast
Nordrhein-Westfalen:
Heinz-Werner Schuster, Inge Steinebach,
Bodo Schoo, Beate Sieweke,
Tina Hauptmann
Mecklenburg-Vorpommern:
Lothar Hesse
Sachsen:
Gaby Hahn, Cornelia Matzke
Sachsen-Anhalt:
Karlheinz Gerhold (†), Axel Bachner,
Hans Günther Rinkleib

Thüringen:

Klaus Schüller, Andreas Hähle
Hessen:
Michael Altmann, Bettina Czölsch, Rudolf
Schulz, Horst Raupp
Baden-Württemberg:
Michael Futterer
Druck: gks-berlin; ISSN: 0941-6064
Der regelmäßige Bezug ist nur im
Jahresabonnement möglich.
Jahresabonnement (inkl. Porto):
50,- Euro
Ermäßigtes Abonnement:
30,- Euro
In den Preisen sind 7% MwSt. enthalten.
Konto: C. Boulboullé,
Berliner Volksbank (BLZ 100 900 00)
Kontonummer: 5629 455 002
V.i.S.d.P.: C. Boulboullé
Postfach 120 755; 10597 Berlin

„Wir kämpfen bis zum Tag der Abstimmung für das Nein gegen die Gesundheitsreform!“

Am 27. Januar versammelten sich nach wochenlangem gemeinsamem Engagement VertreterInnen der Initiative um den „Offenen Brief an die SPD-Bundestagsabgeordneten: Stimmt mit Nein zur Gesundheitsreform“, der bisher von mehr als 3100 ArbeitnehmerInnen, GewerkschafterInnen und SPD-Mitgliedern in ganz Deutschland unterzeichnet worden ist.

Aus NRW waren sozialdemokratische und GewerkschaftskollegInnen aus Aachen, Düren, Düsseldorf, Köln, Siegburg und Bochum gekommen, u.a. Beschäftigte aus Kliniken. Über die Unterstützung unter den Offenen Brief an die SPD-Abgeordneten in Berlin, in Thüringen, Sachsen, Hessen und Brandenburg berichteten andere TeilnehmerInnen und Delegierte.

In der Diskussion wurde auf zahlreiche Beschlüsse von Gewerkschafts- und SPD-Gliederungen hingewiesen, die sich an die SPD-Bundestagsabgeordneten wenden und sie auffordern, diese „Reform“ abzulehnen, sowie auf die Aktivitäten vor allem von Gewerkschaftskollegen und -gremien, die von Vorständen des DGB und der Einzelgewerkschaften die Mobilisierung für eine vereinte Großdemonstration in Berlin noch vor der Abstimmung im Bundestag gefordert haben.

Klaus Schüller, Mitglied im AfA-Landesvorstand Thüringen, ging auf die

drohende Ausblutung der Kassen ein, die er anhand der AOK Thüringen darstellte, die pro Mitglied heute 260,- Euro ausgeben, nach der Einführung des Fonds aber nur noch 170,- Euro pro Mitglied zur Verfügung habe! Barbara Venator, Sozialdemokratin aus Köln, erinnerte daran, dass nach dem 15-wöchigen Streik in den Unikliniken in NRW, der im Moment nur ausgesetzt sei, die CDU-Landesregierung im Vorfeld der Verabschiedung der Reform noch immer den Tarifvertrag verweigert und eine Privatisierung der Unikliniken vorbereitet.

Einstimmig wurde beschlossen, die SPD-Abgeordneten nicht aus der Verantwortung zu entlassen und sich von der Veranstaltung aus noch einmal an alle UnterzeichnerInnen des Offenen Briefs, an alle ArbeitnehmerInnen, GewerkschafterInnen, SPD-Mitglieder und -Verantwortliche mit dem Vorschlag zu wenden, in aller Dringlichkeit – über Briefe, Delegationen usw. – an die SPD-Bundestagsabgeordneten heranzutreten und sie aufzufordern, mit ihrem Nein im Bundestag diese „Reform“ abzuwehren. Anwesende Kollegen, die in der nächsten Woche auf den gewerkschaftlichen Betriebsversammlungen sprechen werden, auf denen die Kollegen gegen die Politik der Großen Koalition demonstrieren werden, erklärten, dass sie dort den Vorschlag für einen entsprechenden Brief von der Versammlung an die Abgeordneten einbringen werden.

„Man kann nicht kämpfen, wenn man nicht die Verantwortlichen kennt!“

Schon zu Anfang ging in die Diskussion der Bericht von René Sale, französischer Gewerkschaftssekretär aus dem Universitätskrankenhaus von Aix-en-Provence, ein. Er nannte dramatische Zahlen über den Bettenabbau in Frankreich, aber auch England, die hinterher noch ergänzt wurden. René Sale gehört zu den UnterzeichnerInnen des europäischen Aufrufs für den sofortigen Stopp des Gesundheitswesens in Europa, den 350 GewerkschafterInnen, vorwiegend aus dem Gesundheitswesen, aber auch aus anderen Bereichen, bereits unterzeichnet haben.

René Sale ging auf die EU-Vorgaben und -Richtlinien ein, die zur Zerstörung des Gesundheitswesens führen. Zur Begründung seiner Unterschrift unter den Aufruf sagte er: „Man kann nicht kämpfen, wenn man nicht die Verantwortlichen nennt – und die sitzen in Brüssel!“ Dies stieß auf eine breite Unterstützung.

Einstimmig wurde am Ende beschlossen, zur Unterstützung des europäischen Alarmaufrufs aufzurufen. Mehrere KollegInnen erklärten sich spontan bereit, an der Ausarbeitung einer europäischen Anklageschrift mit zu arbeiten, bzw. an der EU-Delegation teilzunehmen (siehe Resolution unten).

Die Zerstörung des Gesundheitswesens in ganz Europa muss gestoppt werden!

(...) Wieso kann die Große Koalition eine „Reform“ aufzwingen wollen, die niemand will? Ist es nicht für jeden offensichtlich, dass damit die Politik der EU ungesetzt wird?

Allein seit 1999 (...) hat die EU-Kommission mit 5 Mitteilungen, einem Grünbuch und einem Weißbuch zum Gesundheitswesen in die Gesundheitsversorgung der europäischen Länder eingegriffen. Die EU verlangt den „Umbau der sozialen Sicherungssysteme“ mit dem Ziel der „Senkung der Kosten im Gesundheitswesen“ und der „Senkung der Lohnnebenkosten“. Jeder erkennt darin die treibenden Motive der uns in Deutschland zugemuteten Gesundheits„reform“. (...)

Eine jetzt angekündigte Richtlinie soll mit neuem Nachdruck die europäischen Länder auffordern, ihre nationalen sozialen Sicherungssysteme „umzubauen und

anzupassen“. Die von der CDU/CSU unter Merkel in der Regierung der Großen Koalition vorangetriebene Gesundheits„reform“ ist ein umfassendes Werk dieser Anpassung. Sie bedeutet die Demontage unserer solidarisch und paritätisch finanzierten Krankenversicherung und des öffentlichen Gesundheitswesens, der historischen Errungenschaft unserer Gesellschaft nach 1945.

In ganz Europa haben Ärzte, Beschäftigte aus den Krankenhäusern und Gewerkschafter, Mitglieder von unterschiedlichen Arbeitnehmerparteien auf diese Situation geantwortet und einen europaweiten Aufruf unterzeichnet: »Die Zerstörung des Gesundheitswesens in ganz Europa muss gestoppt werden!« 350 haben diesen Aufruf bereits unterschrieben.

Unser Ziel ist es, eine gemeinsame europäische Delegation zur Europäi-

schen Kommission am 31. März d.J. zu verwirklichen. Die EU-Kommission soll es nicht länger wagen können zu behaupten, dass ihre Mitteilungen, Richtlinien und Verordnungen nichts mit der Situation und der Zerstörung des Gesundheitswesens in Europa zu tun hat.

Dafür werden wir Beiträge für ein Memorandum zu den Auswirkungen der EU-Politik erstellen, mit einem Beitrag zum zerstörerischen Charakter der Gesundheits„reform“ in Deutschland und des Kampfes dagegen, das wir bei der Delegation übergeben werden.

Wir beschließen, die Unterschriftensammlung unter den Europäischen Aufruf zu verbreitern.

Wir laden alle Kolleginnen und Kollegen ein, an der Ausarbeitung des Memorandums mit zu wirken und an der Delegation zur EU teilzunehmen.

Gotthard Krupp (SPD, AfA-Landesvorst., ver.di-Bezirksvorst. Berlin)

„Die Gesundheitsreform“ ist keine Sache der SPD, sondern der Großen Koalition“

AUF EINER Veranstaltung am 19. Januar 2007 im ver.di-Gewerkschaftshaus Berlin, zu der die UnterstützerInnen des Offenen Briefs an die SPD-Bundestagsabgeordneten: „Stimmt mit Nein zur Gesundheitsreform“ eingeladen hatten, wurde vor allem noch einmal über die Auswirkungen der geplanten Gesundheitsreform – im Zusammenhang mit dem von der Großen Koalition am 12. Januar erzielten Kompromiss – diskutiert. So wurde z.B. die Frage diskutiert, was aus den Versicherten wird, wenn die Krankenkassen in die Insolvenz gehen müssen; für die etwa 700.000 Mitglieder der AOK könnte das schnell eine bittere Wahrheit werden.

„Diese Reform ist keine Sache der SPD, sondern der Großen Koalition“, stellte ein Genosse der SPD fest. „Kein Sozialdemokrat kann einem Gesetz zustimmen, das die Privaten Krankenkassen stärkt, die nur auf Rendite aus sind, und die gesetzlichen Kassen an die Wand fährt“, so ein anderer Kollege.

Die Große Koalition habe nur diese Gesundheitsreform ermöglicht, erinnerte ein Genosse an die Aussage von Ulla Schmidt auf der Veranstaltung am 16. 1. in der Charité. So habe selbst sie sich dort für eine andere Gesundheitsreform „in Form einer Bürgerversicherung“ ausgesprochen.

Ein Genosse der AfA und ver.di-Mitglied erklärte, dass er, möglichst mit anderen KollegInnen, noch einmal den SPD-Abgeordneten schreibt und sie dabei besonders auf den Offenen Brief von der ver.di-Landesvorsitzenden Susanne Stumpfenhusen hinweisen will. Diese hat in dem Brief mit überzeugenden Argumenten, insbesondere in bezug auf die zukünftige Insolvenzfähigkeit der Krankenkassen, die SPD-Abgeordneten aufgefordert, dem Gesetz ihre Zustimmung zu verweigern.

„Mit dieser Reform würde eine zen-

Die Krankenhäuser sollen zur Stabilisierung der GKV ein Prozent ihrer jährlichen Krankenkassenbudgets als Sanierungsbeitrag abgeben.

Das heißt für die neun Berliner Krankenhäuser, die zu Vivantes gehören: 6,3 Mio Euro, und für die Universitätsklinik Charité 5,7 Mio. Euro Etatkürzung!

trale Säule des sozialen Sicherungssystems zerschmettert. Wohin soll die SPD im Rahmen der Großen Koalition denn noch getrieben werden? Jetzt soll die Rente 67 folgen, nachdem schon die Arbeitslosenversicherung aufgebrochen wurde. Es ist doch so, dass Merkel offen davon spricht, dass in Deutschland diese Reformpolitik zur Zerstörung des Sozialsystems durchgepeitscht werden muss, mit dem Ziel, sie in ganz Europa durchzusetzen. Deshalb schlage ich vor, dass wir engagiert den europäischen Alarmaufruf unterstützen und uns an der Delegation zur EU beteiligen sollten.“

Dieser Vorschlag eines Kollegen wurde von allen begrüßt. Es werden 4 KollegInnen zu der Veranstaltung am 27. Januar nach Köln fahren, auf der auch darüber gesprochen werden soll, was zur Ausweitung der europäischen Kampagne getan werden kann und wie der deutsche Beitrag zur Anklageschrift, die der EU überreicht werden soll, entsteht.

Es wurde außerdem beschlossen, einen Offenen Brief an Michael Sommer, als Vors. des DGB, und an die Vorstände der Einzelgewerkschaften, zu schicken und sie aufzufordern, noch vor der Abstimmung im Bundestag eine vereinte Demonstration in Berlin zu organi-

sieren (s. Auszug aus Offenem Brief unten).

Dieser Brief soll ebenfalls den Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten geschickt werden, mit der Anfrage nach einem Gespräch noch vor der Abstimmung.

Außerdem wurde beschlossen, einen Brief an die UnterstützerInnen des Offenen Briefes an die SPD-Bundestagsabgeordneten: „Stimmt mit Nein zur Gesundheitsreform“ zu schicken, mit dem Vorschlag, Briefe an die SPD-Abgeordneten zu senden.

Sie haben die Verantwortung, durch ihr Nein im Bundestag die Gesundheitsreform abzuwehren. Außerdem soll den Abgeordneten, die die Gesundheitsreform in der Bundestagsabstimmung ablehnen wollen, die ausdrückliche Solidarität zugesichert und ihnen so der Rücken gestärkt werden. „Sie verteidigen die Tradition der sozialdemokratischen Partei!“ „Es kann nicht hingegenommen werden, dass die solidarische Krankenversicherung, das Recht aller BürgerInnen auf Krankenversorgung und den Schutz vor sozialer Not im Krankheitsfall, der Großen Koalition, die dem EU-Diktat folgt, geopfert wird“, resümierte ein Genosse die Bilanz der Diskussion.

Aus dem Offenen Brief an Michael Sommer:

„(...) Wir fragen, liegt es nicht in der dringenden Verantwortung der Vorstände unserer Gewerkschafts-Organisationen, zu einer machtvollen Demonstration noch vor der Abstimmung im Bundestag aufzurufen?“

Den möglichen Einwand, die Zeit sei sehr kurz, können wir nicht akzeptieren. Denn es geht um nicht mehr und nicht weniger, als ein Gesetz zu stoppen, das die bewährte und von den ArbeitnehmerInnen mit ihren Gewerkschaften und der SPD erkämpfte solidarische und paritätische Finanzierung der gesetzlichen Krankenkassen aufbricht, das öffentliche Gesundheitswesen in Deutschland zersetzt.

Haben wir unrecht, wenn wir sagen, dass eine Mobilisierung für eine machtvolle vereinte Demonstration in Berlin, organisiert von allen DGB-Gewerkschaften, den SPD-Abgeordneten, die mit Nein stimmen wollen und die heute

unter massivstem Druck stehen, den Rücken stärken und dazu beitragen wird, die Reform zu stoppen?“

Wir alle unterstützen die Aktionstage der DGB-Gewerkschaften gegen die Rente 67, die eine immer größere Zahl von ArbeitnehmerInnen in die Altersarmut stürzen würde.

Wenn wir jetzt die Kraft schaffen, die Gesundheitsreform, die uns jetzt vor der Rente 67 aufgezwungen werden soll, zu stoppen, werden wir damit nicht auch die Kraft mobilisieren, um die Pläne für die Rente 67 abzuwehren? (...)

(für die VersammlungsteilnehmerInnen)

Gotthard Krupp (SPD, AfA, ver.di),
Olaf Timmermann (SPD, ver.di),
Volker Prasuhn (SPD, ver.di),
Jürgen Müller (SPD, AGS)

Berlin, den 24. Januar 2007

Wolfgang Wodarg

(SPD-Bundestagsabgeordneter, ver.di-Mitglied, Mitglied im Gesundheitsausschuss des Bundestages)

Reform schädigt solidarische Gesundheitssicherung

(Auszug aus „Standpunkt“)

Wir haben keine Versicherungspflicht in der gesetzlichen Krankenkasse für diejenigen erreichen können, die mehr als 4000 Euro verdienen. Die Lobbyisten der Privaten Versicherungswirtschaft in der CDU/CSU haben sich durchgesetzt: Alle, die nicht in die GKV kommen, sollen jetzt per Zwang in die Arme der Privaten Krankenversicherungen (PKV) getrieben werden. Deren günstigerer „Basistarif“ soll verschoben und nur ein halbes Jahr lang für Wechsel angebot werden.

Viele, die PKV versichert waren und jetzt wieder hinein müssen, werden die teuren Prämien auch in Zukunft nicht bezahlen können. Ob und unter welchen Bedingungen dann Steuermittel zur Subventionierung des PKV-Beitrages eingesetzt werden, ist noch strittig. Die Standardtarife der PKV sind für Versicherte teuer und für Leistungserbringer unattraktiv. Sollte der Basistarif kommen, wäre für gut verdienende freiwillig Versicherte der Anreiz groß, die Solidargemeinschaft zu verlassen. Pro Jahr würden diese mehrere Tausend Euro einsparen können. Wie in der Pflegeversicherung wird dann gelten: Man muss nur gut Geld verdienen, um an die billigeren Tarife mit guter Leistung heranzukommen!

Es ist unerträglich, wie zuvorkommend die PKV-Lobbyisten bei der Aushandlung des Gesetzes bedient wurden und wie problematisch der Meinungsbildungsprozess mit den Abgeordneten stattgefunden hat.

Noch in einem anderen wichtigen Punkt hat die CDU/CSU sich durchgesetzt: der für die solidarische Versorgung der vielen chronisch kranken Menschen wichtige Krankheitslastenausgleich (Morbi-RSA) zwischen den Kassen wurde bis vor die Bundestagswahl verschoben. Auch wenn keine Leistungskürzungen explizit in diesem Gesetz genannt werden, wird es für viele chronisch Kranke schwerer werden, die ihnen zustehenden Leistungen zu erhalten. Die Kassen, die sich noch um Rehabilitation kümmern oder gute Leistungen für teure chronisch Kranke anbieten, würden sich selbst in die Pleiete treiben.

Die Kranken müssten dann in Kassen wechseln, die nur deshalb noch günstiger dastehen, weil sie sich bisher um

solche Fälle kaum kümmern mussten. Es ist ein Schwarzer-Peter-Spiel zu Lasten der Schwächsten! Dem kann jemand, der die Solidarität zwischen den Menschen fördern möchte, nicht zustimmen. (...) Andererseits wird jedoch der unsinnige Wettbewerb der Kassen um Gesunde dazu führen, dass notwendige Versorgungsstrukturen für chronisch Kranke nur halbherzig entwickelt oder lieber gar nicht angeboten werden. Das „Reformwerk“ heißt ja auch „Wettbewerbsstärkungsgesetz“, aber es fördert nicht den Wettbewerb um die beste Versorgung von Kranken, sondern den um gut verdienende gesunde Versicherte!

Die Abstimmung zur Einbringung des Gesetzes fiel in meiner Fraktion recht knapp aus. Viele haben ihr nur deshalb zugestimmt, weil sie auf Verbesserung im Verfahren hofften. Mit anderen Fachkollegen bin ich der Meinung, dass es durch die von der CDU/CSU durchgesetzten Änderungen der letzten Wochen deutliche Verschlechterungen in Kernbereichen und nur sehr marginale Verbesserungen im Sinne der SPD gegeben hat.

Dieses Gesetz ist Pfusch: es ist unklar und widersprüchlich und führt zu einer nicht hinnehmbaren Schädigung unserer solidarischen Gesundheitssicherung!

Die große Mehrheit unserer Partei und unserer Wählerinnen und Wähler lehnt dieses Gesetz ab und wird von denen, die es durchwinken, Rechenschaft verlangen. Ich glaube, das spüren viele meiner Fraktionskolleginnen und -kollegen.

Da vorher zwei Jahre heftiger Wettbewerb ohne „Morbi-RSA“ tobt, werden viele Versorgerkassen schon vorher sehr hohe Beiträge nehmen müssen. Das wird sich dann erst richtig verheerend auswirken, wenn die Beitragsunterschiede durch Zusatzbeiträge ausgeglichen werden müssen. Eine AOK muss dann 20 bis 30 Euro monatlich zusätzlich zum Durchschnittsbeitrag einfordern, während eine Rosinenpicker-

Kasse 30 Euro monatlich erstatten könnte. Spätestens dann wird Schluss sein mit der Geduld vieler noch freiwillig Versicherter. Sie wechseln in die PKV oder zumindest in eine Kasse mit vielen Gesunden, die Beiträge rückerstatten kann. So wird das, worauf wir immer noch stolz sein können, unsere solidarische GKV, an die Wand gefahren und dereguliert. Auf der Strecke bleiben die, die keiner will und die deshalb unserer Solidarität am meisten bedürfen: die Armen und die chronisch Kranken!

Der Erhalt unserer solidarischen Krankenversicherung ist eines der wichtigsten politischen Ziele unserer Partei. Es wurde gerade wieder im Entwurf des neuen Grundsatzprogramms bekräftigt. Schade, dass Theorie und Praxis hier so auseinanderklaffen. **Mir ist im Konfliktfall der Erhalt des gesellschaftlichen Zusammenhaltes wichtiger als der Erhalt der großen Koalition! Ich bin gespannt, wie meine Fraktion diesen Konflikt löst.**

(Hervorhebungen durch die Red.)



(Mit Genehmigung von Wolfgang Wodarg veröffentlichen wir auf dieser Seite Auszüge aus seinem Artikel zur Gesundheitsreform.)

Wolfgang Wodarg im Inforadio am 12. 1. 2007, nach Bekanntwerden der Einigung der Koalitionsspitzen zur Gesundheitsreform:

„Ich habe noch nie gesehen, dass Parlamentarier so belogen, so getäuscht und so ausgetrickst werden wie bei diesem Gesetz!“

„Die Linksfraktion und ihr gesundheitspolitischer Sprecher Frank Spieth sind eine Antwort schuldig geblieben!“

INTERVIEW mit **Henning Frey** (SPD, GEW)

Frage: Du hast auf der Versammlung in Köln berichtet, dass die Initiatoren des Offenen Briefes an die SPD-Bundestagsabgeordneten sich auch an den Sprecher der Linkspartei, Frank Spieth, mit der Aufforderung gewandt haben, sich für ein Nein der SPD-Abgeordneten einzusetzen.

Henning Frey: Ja, das stimmt, genau genommen haben wir an Frank Spieth in einem Offenen Brief die Frage gestellt, ob er bereit ist, sich zusammen mit seinem Kollegen Oskar Lafontaine, dem ehemaligen Vorsitzenden der SPD, öffentlich an seine sozialdemokratischen Kolleginnen und Kollegen im Bundestag zu wenden und sie aufzufordern, gemeinsam mit Nein in der Abstimmung über die Gesundheitsreform zu stimmen. Und wir haben ihn gefragt, ob er bereit ist, öffentlich die SPD-Abgeordneten, – damals war es bereits Ottmar Schreiner –, die ihr Nein erklärt haben, zu unterstützen.

Frage: Was hat Frank Spieth geantwortet?

Henning Frey: Er hat auf diese Frage keine Antwort gegeben sondern geschrieben – ich zitiere aus seinem Brief: „Die Neoliberalen sind überall, auch in der SPD-Fraktion, den Rest erledigt die Koalitionsräsön. Der Erhalt dieser großen Koalition scheint für viele MdBs der SPD bedeutsamer als der Erhalt der solidarischen und sozialen Krankenversicherung. Ich weiß, dass ca. 40 bis 50 Abgeordnete der SPD dagegen, die restlichen aber dafür stimmen werden. Die große Koalition kann sich mehr als 100 Gegenstimmen aus den eigenen Reihen leisten, ohne die Mehrheit zu gefährden. So ist das bei einer derartig erdrückenden Mehrheit.“

Aus meiner Sicht ist das nicht die Antwort auf unsere Frage, zumindest keine direkte. Woher weiß er von vornherein, wie das Abstimmungsergebnis aussehen wird? Heißt seine Antwort letztlich nicht, dass alles gelaufen ist und man nichts mehr machen kann? Wir selbst als Sozialdemokraten sind in unserem Aufruf an die SPD-Abgeordneten von dem Mandat, das sie von den sozialdemokratischen Wählern erhalten haben, und von den sozialdemokratischen Grundpositionen ausgegangen, die beide mit den Inhalten der Gesund-

heitsreform unvereinbar sind. Das hat auch übrigens der SPD-Abgeordnete Wolfgang Wordarg bestätigt, der zu dem Kompromiß sagte. „Man erkennt uns (*die SPD - Anmerkung der Redaktion*) nicht wieder!“

Frage: Hat er denn keinen Vorschlag gemacht, was er tun will?

Henning Frey: Er hat noch hinzugefügt: „Ich werde den SPD-Abgeordneten die Peinlichkeit nicht ersparen, sich mit unserem Entschließungsantrag und unserem Alternativantrag zur Einführung einer Bürgerversicherung auseinanderzusetzen.“ Ich glaube, dass kein Kollege, dass kein sozialdemokratischer und im übrigen der Großteil der WASG/Linkspartei-Wähler, die mit ihrer Wahl gegen die Politik von Schröder protestiert haben, verstehen wird, warum es im Vorfeld einer solchen gravierenden Entscheidung für alle Arbeitnehmer in Deutschland darum gehen soll, den SPD-Abgeordneten „Peinlichkeiten“ zu bereiten.

Für sie alle geht es um die Frage, wie kann man die Einheit erreichen, um die Gesundheitsreform zu stoppen, die von Merkel entsprechend der Vorgaben der EU vorangetrieben wird. Niemand glaubt, dass man die Gesundheitsreform dadurch verhindern kann, dass man die SPD-Abgeordneten quasi vorführt!

Die Forderung nach einer „Reform“ – auch übrigens im Namen einer „Bür-

gerversicherung“ – wurde immer wieder zum Einfallstor für die Angriffe auf die gesetzliche Krankenversicherung.

Kurt Beck rechtfertigt sogar noch die jetzige Gesundheitsreform als einen Schritt hin zu einer Bürgerversicherung, was in dem Sinne stimmt, dass der Staat, die Regierung, die Kontrolle über die Beiträge übernimmt und sie der Kontrolle der Selbstverwaltung der GKV, also der Kontrolle der Gewerkschaften und damit der Arbeitnehmer, entzieht.

70 Millionen Arbeitnehmer und ihre Familien sind auf das System der gesetzlichen Krankenversicherung existenziell angewiesen. Sie wollen es bei allen Schwächen verteidigen, weil Jahrzehnte des Kampfs der Arbeiterbewegung zusammen mit den Gewerkschaften und der SPD damit verbunden sind. Das haben der monatelange Widerstand und besonders die Aktionen des DGB und der Einzelgewerkschaften gezeigt.

Die Linkspartei ist offensichtlich auch für eine Reform und hält das bisherige System der GKV nicht für verteidigungswert.

Vielleicht ist das auch die Antwort darauf, warum ihre Fraktion nicht öffentlich für ein Nein mobilisiert und nicht die SPD-Abgeordneten unterstützt, die sich gegen die Reform ausgesprochen haben?

Europäisches Bulletin Für eine Europäische Arbeitnehmerverbindung

Nr. 3 ist erschienen, u.a. mit folgenden Beiträgen:

EUROPÄISCHER ALARMAUFRUF

In ganz Europa muss die beschleunigte Zerstörung des öffentlichen Gesundheitswesens sofort gestoppt werden!

31. MÄRZ: DELEGATION ZUR EU

ITALIEN:

Zwei Generalstreiks und das Nein im Referendum am 26. Juni 2006 haben die Ablehnung der Regionalisierung und Zerstörung des Gesundheitswesens deutlich gemacht

SPANIEN:

Das öffentliche Gesundheitssystem zwanzig Jahre nach Einführung der Regionalisierung

(Das Bulletin mit 24 Seiten ist zum Spendenpreis von 3 Euro über die Redaktion zu beziehen.)

Udo Eisner (Demokratische Linke, Berlin)

Alternative Gedanken zur Gesundheits„reform“

ARTIKEL 25 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte [Resolution 217 A(II) vom 10. 12. 1948] formuliert u.a. „Jeder hat das Recht auf einen Lebensstandard, der seine und seiner Familie Gesundheit und Wohl gewährleistet, einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztliche Versorgung und notwendige soziale Leistungen...“

An diesem grundsätzlichen Menschenrecht hat sich jedwede politische Entscheidung messen zu lassen. Inwieweit sich in unserem Land die politische Verantwortlichen von diesem Grundgedanken, oder ob sie sich von Lobbyinteressen leiten lassen, ist in Anbetracht des von den Fraktionen der CDU/CSU und SPD vorgelegten Gesetzentwurfes, genannt GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz [GKV-WSG] (Drucksache 16/3100), leicht zu beantworten.

Schon unter der Regierung Schröder, oder auch gern Rot-Grün genannt, wurde uns eine „Gesundheitsreform“ mit dem Versprechen angeboten, dass durch die einzuführenden Grausamkeiten die Krankenkassenbeiträge sinken werden. Es wurden die weitere Erhöhung der Zuzahlung bei Arzneimitteln, die Praxisgebühr und die Herauslösung der Versorgung mit Zahnersatz aus der paritätischen Finanzierung den Versicherten übergeholfen. Mit dem Ergebnis, dass die Versicherungsbeiträge mitnichten sanken und de facto die Nettoeinkommen der abhängig Beschäftigten und besonders der Rentner weiter vermindert wurden.

Und nun der nächste Schritt, es soll weiter verschlimmbessert werden. Und dieses Mal sagt man gleich, dass alles teurer, aber dafür „besser“ werden solle; fragt sich nur, für wen? Teurer für die Versicherten und besser für diejenigen, die die paritätische Finanzierung des Gesundheitswesens weiter zerstören wollen.

Der vorliegende Entwurf des GKV-WSG birgt weitere Belastungen für die Versicherten in sich, leistet Kostensteigerungen auf der Ausgabenseite Vorschub und ist mit Bildung des Gesundheitsfonds der nächste Schritt in bewährter Salamiaktik hin zur vollständigen Privatisierung des Gesundheitswesens. Der Trend zur Dreiklassenmedizin wird weiter beschleunigt.

Zu den Gefahren für das Gesundheitswesen, die die Verabschiedung des Gesetzentwurfes mit sich bringt, wurde in dieser Zeitschrift bereits ausführlich berichtet. Fälschlicherweise wird das GKV-WSG in allen Medien und von der Politik als Gesundheitsreform vermarktet, eine Reform ist dieses Machwerk wohl nicht! Bereits jetzt ist das Gesundheitswesen keine solidarische Veranstaltung, es besteht nur Gruppensolidarität der abhängig Beschäftigten bis zur Einkommensbe-

messungsgrenze. Besserverdienende und Bezieher anderer Einkommen (Gewinne aus Unternehmen, Einnahmen aus Miete und Pachten, Veräußerungsgewinne, usw., usw.) können sich aus der Solidarität heraushalten.

Es stellt sich die Frage, ob eine wirkliche Reform des Gesundheitswesens unter den Bedingungen der kapitalistischen Verwertung in allen Bereichen des Lebens und den jetzigen Bedingungen der bürgerlichen Demokratie (Freiheit des Kapitals) überhaupt möglich ist? Unter den Bedingungen der Lobbygruppen aus Banken, Pharmazeutischer Industrie, Medizintechnischer Industrie, Ärztfunktionären, privatisierten Krankenhausbetrieben, usw., die stets nur ihren Gewinn unter dem Deckmantel „Zum Wohle des Patienten“ im Auge haben!

Wer Reformen in Angriff nimmt, muss bereit sein, neue Denkansätze zu entwickeln und Altes und auch lieb gewonnene Gewohnheiten über Bord, ohne Positives aus den Augen zu verlieren, zu werfen. Eine wirkliche Reform könnte wie folgt aussehen:

- Einbeziehung aller Einkommensarten in die Finanzierung der Sozialleistungen einschließlich des Gesundheitswesens.

- Alle Bürger haben Anrecht auf kostenlose medizinische und zahnmedizinische Versorgung.

- Abgaben aller Unternehmen in Abhängigkeit von der Produktivität (Umwandlung des sog. Arbeitgeberanteils in eine Wertschöpfungsabgabe).

- Fusion aller Krankenkassen zu einer bundeseinheitlichen Krankenkasse öffentlichen Rechts (Vorteil: Beseitigung der Unterschiede im Klientel, es entfallen Strukturausgleichszahlungen, KV'en und KZV'en werden überflüssig).

- Aufbau nicht gewinnorientierter Polikliniken auf genossenschaftlicher, kommunaler und/ oder gemeinwirtschaftlicher Basis. Entlohnung des medizinischen Personals nach einheitlichem, leistungsbezogenem Lohnsystem. Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung in der Fläche.

- Das System der ärztlichen Niederlassung kann beibehalten werden. Der Sicherstellungsauftrag erfolgt direkt von der Krankenkasse.

- Finanzierung der Krankenhäuser nach wissenschaftlichen, bedarfsgerechten und an den Bedürfnissen der Patienten gemessenen höchsten medizinischen (Standards) Parametern. Vernetzung von Poliklinik und Krankenhaus.

- Gewinne aus der Geschäftstätigkeit von Krankenhäusern sind abzuführen.

- Auflösung des hierarchisch organisierten Chefarztsystems und Einführung kollegialer Leitungsstrukturen.

- Die Vergütung medizinischer und

zahnmedizinischer Leistungen ist nach streng wissenschaftlichen Grundsätzen durch Sachverständigenausschüsse unter Beteiligung der Krankenkasse und Versichertenvertreter zu vereinbaren und dem medizinischen Fortschritt folgend regelmäßig zu aktualisieren.

- Aufbau eines kostendeckenden, genossenschaftlich organisierten Apothekenwesens nach einem Bevölkerungsschlüssel und zumutbarer Erreichbarkeit. Zulassung von Krankenhausapotheken für die öffentliche Versorgung. Integrierung von Apotheken in poliklinische Strukturen.

- Für pharmazeutische Produkte, med. Heil- und Hilfsmittel und Zahnersatz, also medizinische Waren, sind sog. Positivlisten zu erstellen und in regelmäßigen Intervallen zu aktualisieren. Anstelle der Handelspreise ist ein Fixzuschlag auf das durch die Apotheken abzugebende Medikament einzuführen. Staatliche Kontrollen hinsichtlich der Verwendung der für die Forschung reklamierten Preisaufschläge auf Medikamente sind einzuführen. Unternehmen mit Gewinnausschüttungen > 5% und exorbitanten Vorstandsbezügen sind höher zu besteuern, bzw. ist in die Preisgestaltung einzugreifen.

Die Krankenkasse erhält das Recht, preiswertere gleichwertige Pharmaka zur Anwendung vorzuschlagen.

- Forschung und Entwicklung von neuen medizintechnischen Geräten und Einrichtungen, neue Behandlungs- und Heilmethoden, sind staatlich zu fördern. Die Krankenkasse kann sich im Interesse der Versicherten bei der Finanzierung einbringen. An der Verwertung der Forschungsergebnisse sind Forscher und Forschungseinrichtungen zu beteiligen.

Diese meine Vorschläge sind sicher nicht neu, jedoch immer noch aktuell. Und sie sollen und werden Widerspruch provozieren. Vielleicht, und das ist meine Hoffnung, werden sie eine produktive Diskussion anstoßen, die am Ende ein tatsächliches Reformpaket, so wie es sich die LINKE vorstellt, kriert.

Januar 2007

Anmerkung der Redaktion: Udo Eisner wirft in seinem Artikel die Frage nach einer „wirklichen Reform“ des Gesundheitswesens auf. Henning Frey weist in seinem Interview (s. Seite 6) auf das Problem hin, dass eine solche Forderung heute, während des Kampfes für die Abwehr der Gesundheitsreform der Großen Koalition, zum Einfallstor für die Angriffe auf die gesetzliche Krankenversicherung zu werden droht.

Wir laden alle LeserInnen ein, diese Fragen in den nächsten Ausgaben weiter zu diskutieren.

Andreas Tannhäuser (SPD, AfA-Landesvorst., Mitgl. im Hauptvorstand Transnet)

Die KollegInnen sagen Nein zur Privatisierung der Bahn!

Vor einem Jahr haben die KollegInnen der Berliner S-Bahn mit großem Engagement eine vielbeachtete Kampagne „Berliner, schützt Eure S-Bahn“ geführt. In kürzester Zeit haben wir 51.000 Unterschriften zur Unterstützung unseres Kampfes gesammelt. (Die »Soziale Politik & Demokratie« hat damals darüber berichtet.)

Wir haben gesagt: Wir wollen in Berlin unseren Traditionsbetrieb, den größten Nahverkehrsträger in der Hauptstadt unseres Landes, als integriertes Nahverkehrsunternehmen aufrechterhalten.

Und damit ist es jetzt vorbei.

Die Berliner S-Bahn war eine GmbH und 100prozentige Tochter der DB AG. Bis zum 31. 12. 2006 galt für uns ein spezieller Haustarifvertrag (und damit einhergehend ein Geflecht von Betriebsvereinbarungen), der jetzt durch die aktive Mitwirkung der TRANSNET zerschlagen und komplett in den Tarifverträgen im Konzern Deutsche Bahn aufgelöst wurde.

Die S-Bahn ist jetzt keine eigenständige DB-Tochter mehr, sondern ein Teil von DB Stadtverkehr – wie etwa die Münchner oder Hamburger S-Bahn. Und da fängt für uns der Schaden an. Denn der alte Haustarifvertrag beinhaltete noch ein betriebliches Bündnis mit der Absenkung der Arbeitszeit auf 35 Stunden und ein Sozialpaket, wonach bis 2010 betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen wurden.

Wir standen noch 2006 vor dem Szenario eines Abbaus von 880 Arbeitsplätzen bis 2010. Dafür haben wir ein betriebliches Bündnis geschnürt mit Maßnahmen wie Vorruhestand, Abfindungsregelungen usw.

Dies konnten wir DB-Chef Mehdorn mit dem Droh-Szenario abringen, dass bei der Fußball-WM keine Züge fahren. Nach dem Abpfiff ging das Schlachtfest los. Die Tarifgemeinschaft TRANSNET-GDBA hat die betriebliche Tarifkommission komplett überfahren. Systematisch wurde das betriebliche Bündnis zerschlagen und der Haustarifvertrag platt gemacht und in den Konzerntarifvertrag eingegliedert.

Mit der Eingliederung in den konzernweiten Beschäftigungssicherungstarifvertrag (BeSiTV) wurde die Arbeitszeit wieder von 35 auf 39 Stunden angehoben. Dies bringt den Abbau von weiteren 640 Arbeitsplätzen noch in 2007 zusätzlich zu den 880 bereits erwähnten Arbeitsplätzen, so dass noch in diesem Jahr 1520 Arbeitsplätze abgebaut werden sollen. Damit, so die Begründung, will man die S-Bahn gemäß des Verkehrsvertrages mit dem Land Berlin auf den Wettbewerb vorbereiten, der vorsieht, dass von 2008 an 30 Prozent der Verkehrsleistungen am Markt ausgeschrieben werden. Also soll die S-Bahn so „schlank“ gemacht werden, dass

sie im „Wettbewerb“ mithalten kann. Das geht bis zu Überlegungen, personalfreie S-Bahnhöfe durch 1-Euro-Jobber zu besetzen. Das wurde zum Glück auch durch die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA) abgewürgt.

Über den BeSiTV verschiebt man eben diese 1500 Arbeitsplätze irgendwo in den DB-Konzern, viele Kollegen ohne Arbeit landen dann bei dem konzernweiten DB-Job-Service und bei der Reinigung in DB Services in Niedriglohnbereichen. Hier wird qualifizierte Arbeit zerstört. Handwerker müssen auch Reinigungsarbeiten machen.

Viele KollegInnen müssen unter Umständen nach Saarbrücken oder München gehen. Unser betriebliches Bündnis war so konstruiert, dass die Leute hier in Berlin Arbeit haben.

Wenn die S-Bahn im Konzern aufgelöst wird, dann landen die bisherigen Vertrauensleute und Betriebsräte in ganz anderen Strukturen. Die ganze aktive politische Arbeit von fünf Jahren wird damit hinweggefegt.

TRANSNET setzt die Mitgliedschaft im DGB auf Spiel

Mit der Privatisierung der Bahn und der Zerschlagung der S-Bahn ist ein Angriff auf die unabhängige gewerkschaftliche Interessenvertretung der Eisenbahner und das Drängen der Hansen-Führung verbunden, als Transnet aus dem DGB auszutreten und mit der gelben Gewerkschaft der Beamten zu fusionieren.

Die Fusion TRANSNET-GDBA macht vielleicht noch einen Sinn, wenn man die GDBA aus dem Beamtenbund raus zieht und in den DGB überführt. Aber im TRANSNET-Hauptvorstand findet ein heftiger Flügelkampf statt, der sich nur noch um die Frage der DGB-Zugehörigkeit rankt. Wenn sich beide Gewerkschaften vereinigen sollten, kommt es formell zu einer Neugründung. Beide fallen in jener juristischen Sekunde aus ihrem jeweiligen Dachverband heraus und müssen sich dann positionieren.

So bilden sich in der neuen Organisation unter Umständen neue Mehrheiten. Es steht derzeit vielleicht 50:50. GDBA-Funktionäre agieren zudem oftmals arbeitgeberfreundlich. Es könnte also eine Situation entstehen, in der sich die GDBA-Funktionäre und die gegen die DGB-Mitgliedschaft gerichteten Teile der TRANSNET-Führung zusammen durchsetzen. Dann könnte aus TRANSNET eine gelbe Gewerkschaft ohne Anbindung an den DGB werden.

Die Tarifgemeinschaft TRANSNET-GDBA ist in der Schnittmenge vom

Arbeitgeber und Eigentümer finanziert. Eine Tarifgemeinschaft, die im Interesse der Mitglieder zu arbeiten hat, darf nicht vom Arbeitgeber finanziert werden. Das aber passt genau in die vom Gewerkschaftsvorsitzenden Hansen vertretene Politik der Unterstützung für den Börsengang. Mehdorn und der DB-Vorstand schnitzen sich daraus eine eigene Gewerkschaft, die den Kurs in Richtung Privatisierung und Börsengang mit verfolgt. Die GDBA ist wahrscheinlich in einer prekären Finanzlage und würde vielleicht ihre ganzen Schulden in die Vereinigung mit einbringen.

Unser Kampf geht weiter

Wir haben uns mit einem Brief an die Mitglieder des SPD-Parteivorstands und die SPD-Bundestagsabgeordneten gewandt und sie aufgefordert, eine Privatisierung und die damit verbundene Zerschlagung der Bahn abzulehnen. Das entspricht dem Willen der Mehrheit der bundesdeutschen Bevölkerung und der meisten Beschäftigten bei der Bahn.

Wir haben es begrüßt, dass eine Gruppe von SPD-Bundestagsabgeordneten, darunter Kurt Bodewig, Monika Griefhahn und Hermann Scheer, sich mit guten Argumenten gegen die Privatisierung der Bahn ausgesprochen haben.

Innerhalb der Berliner AfA habe ich mit anderen Genossen den Vorschlag eingebracht, diese SPD-Bundestagsabgeordneten zu einer Veranstaltung einzuladen.

Auf der Karlsruher Bundesbetriebsrätekonferenz von Transnet wurde 2004 ein Beschluss gegen eine Privatisierung der DB gefasst. In der Nummer 156 dieser Zeitung habe ich in einem Interview auf die Beschlüsse unserer letzten Vertrauensleuteversammlung hingewiesen, in denen wir 1. unsere Ablehnung der geplanten Bahnprivatisierung bekräftigt haben und 2. klar gestellt haben, dass wir eine mögliche Auflösung unserer Gewerkschaft Transnet im Zuge einer Fusion mit der GDBA nicht zulassen werden. Für diese Resolutionen kämpfen wir weiter.

Wir wollen auch die Mitglieder der anderen DGB-Gewerkschaften sensibilisieren, solche Entwicklungen nie zuzulassen. Egal welche Querelen zwischen TRANSNET, ver.di und IG Metall um Organisationszuständigkeiten bestehen – es geht um den Bestand unseres Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Denn wenn sich TRANSNET vom DGB abwendet, hat dies weit reichende Folgen für den Bestand des DGB, der dann bis ins Mark erschüttert wird. Das ist eine Schwächung aller ArbeitnehmerInnen in diesem Lande.

Eine PETITION des Europäischen Gewerkschaftsbundes EGB

Für die Verteidigung der öffentlichen Dienste oder für ihre Privatisierung?

Der DGB und der Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB) haben sich einer Petition des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) angeschlossen. Sie fordern einen „besseren Schutz der öffentlichen Dienstleistungen in Europa“.

Auch die französischen Gewerkschaftsverbände CGT, CFDT, UNSA und CFTC rufen die ArbeitnehmerInnen auf, zahlreich die Petition des Europäischen Gewerkschaftsbundes zu unterschreiben, für die der EGB eine Million Unterschriften sammeln will. Sie haben eine gemeinsame Erklärung mit der Überschrift: „Für qualitätsvolle, allen zugängliche öffentliche Dienste in Europa“ veröffentlicht.

Was verbirgt sich hinter dieser scheinbar so lobenswerten Initiative?

Als erstes stellt sich die Frage: Wie kann man von der Verteidigung der öffentlichen Dienstleistungen sprechen, ohne die EU-Richtlinien mit einem Wort zu erwähnen, die aber gerade deren Privatisierung verlangen? Tatsächlich wird in der EGB-Petition keine einzige Richtlinie zitiert. Das ist allerdings nicht weiter erstaunlich. Hatte doch der EGB eine Kampagne dafür geführt, beim französischen EU-Verfassungsreferendum vom 29. Mai 2005 mit „Ja“ zu stimmen.

Es werden weder die EU-Richtlinie vom Juni 2003 für die völlige Privatisierung der Gas- und Stromversorgung zitiert, noch die zahlreichen EU-Richt-

linien für die Privatisierung der Eisenbahn, noch Nr. 91/440 über das dritte „Maßnahmenpaket Eisenbahn“ vom März 2004, noch die beiden Post-EU-Richtlinien...

Was kann also eine europaweite Petition für die öffentlichen Dienstleistungen bedeuten, die diese Richtlinien mit keinem Wort erwähnt?

Zweite Frage: Was ist dann das wahre Ziel der EGB-Petition? In ihrer gemeinsamen Erklärung fassen die o.g. französischen Gewerkschaftsverbände das so zusammen: „Schon im September hat der EGB bei der EU-Kommission einen Richtlinienvorschlag eingereicht. Auf diese Initiative haben wir bis heute keine Antwort erhalten. Es ist deshalb wichtig, um der Petition das ganze notwendige Gewicht zu verleihen, die Unterschriften von mindestens einer Million europäischer Arbeitnehmer und Bürger zu sammeln.“

„Public-private-Partnership“ (PPP)

Die Petition soll also einen Richtlinienvorschlag unterstützen. Aber warum wird nicht der richtige Name dieses Richtlinienvorschlags genannt, der vom EGB-Vorstand in seiner Sitzung am 20. September 2006 verabschiedet wurde? Es handelt sich um den Vorschlag für einen „europäischen Rechtsrahmen, um

die Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse zu garantieren und zu entwickeln“. Der EGB benutzt nicht mehr den Begriff „Öffentliche Dienste“. Sondern in seiner vom DGB und ÖGB übernommenen Petition benutzt er die in der EU-Sprache schon üblich gewordene zweideutige Formulierung der „öffentlichen Dienstleistungen“, und in dem Richtlinienvorschlag die von der EU eingeführten Begriffe „Dienstleistungen vom allgemeinen Interesse“ (DAI) und „Dienste vom allgemeinen wirtschaftlichen Interesse“ (DAWI).

Welchen Unterschied gibt es? Der EGB-Vorschlag nennt ihn. In Artikel 8 mit der Überschrift „Freie Wahl des Dienstleisters“ steht: „Die Gemeinschaft, die Mitgliedstaaten, die regionalen und lokalen Behörden (...) sind verantwortlich und zuständig für die Festlegung der Lieferweise der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse: ob in staatlicher oder in eigener Regie (Eigenbetriebe), als PPP, als Genossenschaft mehrerer Kommunen oder als Auftrag an Dritte.“

Die PPP (in deutsch: öffentlich-private Partnerschaft) sind ein hauptsächlicher Hebel für die EU, die Privatisierung sämtlicher öffentlicher Dienste voranzutreiben. Unter Aufträgen an Dritte versteht man bekanntlich: Vergabe an verschiedene Privatfirmen.

Damit sollen wir also für einen Richtlinienvorschlag unterschreiben, der die PPP anpreist und die Vergabe der öffentlichen Dienste an Privatfirmen fördert?

Wie ist es möglich, dass der DGB und andere europäische Gewerkschaftsverbände sich dieser Petition des EGB anschließen, die den öffentlichen Dienst nicht mehr kennt? Womit der EGB ganz offensichtlich die nationalen Gewerkschaften der Politik der EU unterwerfen will, die zur völligen Privatisierung der öffentlichen Dienste drängt?

Können so die Privatisierungsmaßnahmen der EU, die diesen öffentlichen Dienst bedrohen, wie jetzt z.B. mit der Gesundheitsreform, gestoppt werden? Liegt es nicht vielmehr in der Verantwortung des DGB, dafür zu kämpfen dass die Bereiche des öffentlichen Dienstes, die aufgrund der Vorgaben der EU in den letzten Jahren privatisiert wurden, wie der Nahverkehr, Bahn, Post, Energie, Krankenhäuser u.s.w., wieder in den öffentlichen Dienst zurückgeführt werden? - **C.B.**

Die Petition des EGB

»Gemeinsam fordern wir öffentliche Dienstleistungen, die den Bedürfnissen der Menschen gerecht werden. Wir fordern die Europäische Kommission auf, entsprechende europäische Gesetzesvorschläge zu unterbreiten.

Öffentliche Dienstleistungen sind aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen unverzichtbar und für den Zusammenhalt der Regionen in Europa notwendig. Sie müssen eine hohe Qualität haben und für Alle zugänglich sein. Bislang wurden nur die Privatisierung und Liberalisierung der öffentlichen Dienstleistungen diskutiert (besonders in Bereichen wie Energieversorgung, Post und Telekommunikation). Es wird Zeit für andere Lösungen!

Daher fordern wir die EU-Kommission auf, europäische Gesetzesinitiati-

ven für die öffentlichen Dienstleistungen auf den Weg zu bringen, um

- dem Allgemeininteresse bei öffentlichen Dienstleistungen Vorrang zu verschaffen

- sicher zu stellen, dass jede(r) Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen hat

- öffentliche Dienstleistungen zu stärken und damit die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger zu garantieren

- mehr Rechtsicherheit zu schaffen, damit öffentliche Dienstleistungen langfristig erhalten und entwickelt werden können

- öffentlichen Dienstleistungen eine stabile rechtliche Basis zu geben und sie so vor ideologisch motivierten Angriffen im Namen des „freien Marktes“ zu schützen.«

Hans-Joachim Zimmer (ver.di)

Heuschrecken in Aktion

URSPRÜNGLICH waren die Gesellschaften darauf aus, insolvente Betriebe aufzukaufen, mit brutalen Methoden gangbar zu machen, um sie dann gewinnbringend wieder zu verkaufen. Dieses Geschäft war sehr lukrativ und lockte viele Anleger an. Die sich daraus entwickelnden Gewinnmargen weckten auch im Zusammenhang mit den kapitalfreundlichen Arbeitsmarktgesetzen die Gier nach immer höheren Renditen, die sich bald in zweistelligen Prozentzahlen darstellten und mit brutaler Rücksichtslosigkeit eingetrieben werden.

Die Methoden hierzu sind sehr vielfältig. Auf einige möchte ich hier des besseren Verständnis wegen etwas näher eingehen. Da werden gut gehende Betriebe aufgekauft, mit immer höheren Gewinnforderungen belastet und durch Kreditgewährungen in gefährliche Schief lagen getrieben und dann Insolvenzen angemeldet. Da die Gewinne vor den entstehenden Schief lagen durch Entnahmen des Beteiligers der Konkursmasse entzogen worden sind, bleibt den übriggebliebenen nur noch, die Geschäftsschließung abzuwickeln, die Mitarbeiter in die Arbeitslosigkeit zu entlassen und selbst für die entstandenen Verpflichtungen zu haften.

Gewinnmaximierungen werden nicht selten auch auf den Rücken der Mitarbeiter betrieben. Produktionszweige werden „ausgelagert“ und von inzwischen gegründeten Auffanggesellschaften übernommen. Die zunächst freigesetzten Mitarbeiter bekommen die „Möglichkeit“, in der Auffanggesellschaft zu stark verkürzten Entgelten wieder eingestellt zu werden und dort die gleiche Arbeit wie bisher auszuführen. Sollten diese „Einsparmöglichkeiten“ nicht den gewünschten Erfolg bringen, werden weitere Mitarbeiter entlassen und die Lücken mit Personal aus den sogenannten Zeitleistungsfirmen angefordert.

Nach den neuesten Bestimmungen kann mit diesen noch niedriger bezahlten Menschen noch rigorosere Verfahren werden: Sie werden nach Erfüllung kurzfristiger Aufgaben von einem auf den anderen Tag auf die Straße gesetzt. Die gesetzliche „Änderung“ der erkämpften Arbeitsschutzgesetze machen dieses Schindluder-Treiben erst möglich. Damit kommt Angela Merkel ihrem erklärten Ziel, den Niedriglohnssektor in Deutschland stark auszuweiten, überraschend schnell näher. Das könnte ihrer EU-Ratspräsidentschaft starken Auftrieb

geben. Noch immer fordern Arbeitgeber drastische Kürzungen der sogenannten „Lohnnebenkosten“.

Eine weitere Möglichkeit der Gewinnsteigerung ist die Auslagerung von Produktionen. Firmen werden aufgekauft und nach bewährtem Muster ausgepreßt. In der Hand der Investoren verbleiben Geheimnisse der Produktion, Patente und andere Werte internen „Gewußt Wie“, und die Produktionsmittel. Die Firmen werden geschlossen und mit den gesamten Einrichtungen in einer anderen Gegend wieder aufgebaut und



mit Billiglohnkräften die gleiche Produktion wieder aufgenommen. Dieser neue Standort hat mit Sicherheit besonders günstige Bedingungen in dem öffentlichen Abgabebereich: niedrige oder gar keine Steuern und (oder) sonstige geldwerte Vorteile. Dann werden diese Betriebe mit großen Gewinnen weiter verkauft; den Investor kümmert das weitere Schicksal dieser Firmen nicht mehr.

Diese Finanzierungsgesellschaften verfügen über viele Milliarden Geldmittel, die es ihnen erlauben, weitgehend im Unbekannten oder auch Dunklen zu operieren. Vor ihnen sind selbst große Firmen wie z.B. Siemens, AEG oder Borsig nicht sicher. Sobald es den Beteiligungsgesellschaften gelingt, eine Aktienmehrheit zu bekommen, spielen sie ihre Macht skrupellos aus und erfüllen die Forderungen der Investoren nach zweistelligen Renditen rücksichtslos. Firmen, die in deren Hände geraten, sind meist zum Untergang verdammt. Zumindest müssen große Teile der Mitarbeiter um ihre Arbeitsplätze, Einkommen und Existenzen fürchten.

Die früher gestellte Frage nach den Quellen der enormen Investitionsmittel

ergibt sich aus der Gewinnsucht von Verwaltern großer Finanzmacht. Versicherungen und Banken steigen in solche Beteiligungsgesellschaften ein und bereichern sich dadurch in unvorstellbarem Ausmaß. Auf diese Weise finanziert der einzelne Sparer mit Hilfe des Gesetzgebers selbst den Verlust seines Arbeitsplatzes und die Zerschlagung seiner Existenzgrundlagen. Industrielobbyisten leisten schon beim kleinsten Anzeichen von Verdienstschnädelungen massiven Widerstand. Die Energieriesen liefern anschauliche Beispiele dafür zum Beispiel bei dem Versuch der Trennung von Produktion elektrischer Energie und Leitungen. Oder bei der Bahn während der Diskussion um die Trennung von Schiene und rollender Leistung. Die Arbeitskraftlobby ist dagegen kaum zu hören.

Auch der einfache Bürger ist vor diesen Mächten nicht sicher. Durch unterschiedliche Methoden wird er von Banken und Kreditthaien zur weiteren Kreditaufnahme veranlaßt, bis er restlos überschuldet

eine private Insolvenz anmelden muss. Es gibt zwar „Insolvenzberater“ in großer Zahl, aber wer meint es wirklich ehrlich? Kommt er an den Falschen, wird er völlig schutzlos und bis an sein Lebensende ausgepresst. Auch diese Verfahren bringen großen Profit, der den Bestand der Finanzierungsgesellschaften noch weiter stärken kann. Massiv steigende Zahlen von Verbraucher-Insolvenzen sprechen hierbei eine eigene Sprache. – Alles dies hat uns eine politische Formation eingebrockt, die bei ihrer Gründung den Schutz abhängig Beschäftigter auf dem politischen Felde auf ihre Fahnen geschrieben hat. Obwohl klar erkennbar ist, daß Lohnsummen als Grundlage der Sozialkosten abgewirtschaftet worden sind, bemühen sich alle Verantwortlichen mit viel Energie, diese leicht manipulierbare Grundlage auch weiterhin gelten zu lassen. Soziallasten eines Volkes können durch eine Wertschöpfungsabgabe der gesamten Volkswirtschaft ausreichend zukunftssicher finanziert werden. Nur auf dieser Grundlage sind die Schwankungen der Risiken im Sozialbereich durch Alter, Krankheit und Arbeitslosigkeit menschenwürdig aufzufangen.

Ionel Ciontu, der Bergarbeitergewerkschafter aus Rumänien, ist im Gefängnis gestorben

Die Familie und die KollegInnen des kämpferischen Bergarbeiters Ionel Ciontu, der nach der Verurteilung durch die rumänischen Behörden seit 16 Monaten im Gefängnis saß, haben erst aus der Presse erfahren, dass er in der letzten Woche im Gefängnis-Krankenhaus von Jilava (Bukarest) nach schwerer Lebererkrankung gestorben ist.

Die Zeitung »Ziua« vom Freitag, den 12. Januar, zitiert den Gefängnisdirektor von Barcea: „Er war krank. (...) Er hat nie beantragt, die Strafverbüßung wegen Krankheit zu unterbrechen.“

Das ist reine Lüge. Nach Angaben von Familienmitgliedern hat er diesen Antrag mehrfach gestellt. Doch er wurde abgelehnt, genauso wie die Anträge von Constantin Cretan. Ciontus Frau hat mitgeteilt, dass die Gefängnisbehörden das Autopsieergebnis erst in 45 Tagen bekannt geben... Die rumänischen GewerkschafterInnen, die wir gefragt haben, versichern, dass dieser Tod von Ciontu mit seiner Einkerkung zusammenhängt.

Wer war Ionel Ciontu?

Ionel Ciontu war der Gewerkschaftsvorsitzende der Zeche Livezeni. Er wurde zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt, weil er angeblich bei den Bergarbeiterprotesten von 1999 „die Staatsmacht untergraben“ habe. Im gleichen Prozess wurde Miron Cozma, der ehemalige Gewerkschaftsvorsitzende der Bergarbeiter des Schiltals, zu 10 Jahren Gefängnis, und die Gewerkschafter Constantin Cretan, Vasile Lupu, Dorin Lois und Romeo Beja zu jeweils 5 Jahren Gefängnis verurteilt.

Ionel Ciontu hinterlässt eine Witwe mit drei Kindern. Seine Familie hat wie die von Cozma, Cretan, Lupu und Lois ihre wichtigste Einkommensquelle verloren: den Bergarbeiterlohn des Familienvaters. Dabei hat Ciontu lediglich das Mandat befolgt, das ihm seine Gewerkschaftsmitglieder gegeben haben: Organisation einer Protestkundgebung gegen den brutalen Strukturwandel im Bergbau, durch den die Zahl der aktiven Bergleute in Rumänien von 300.000 auf heute weniger als 60.000 gefallen ist.

Vor einem Jahr beteuerte Ionel Ciontu in der Wochenzeitung »Repli-



Ionel Ciontu

ca« aus Hunedoara (Nr. v. 19.-25. Januar 2006) erneut seine Unschuld: „Ich bin ein politischer Gefangener. In der Phase der gerichtlichen Ermittlungen (d.h. vor seiner Verhaftung – d.Red.) hat mir Staatsanwalt Sasarman vier Möglichkeiten zur Wahl gelassen: ‘Cozma belasten’, aus der Gewerkschaft austreten, in Rente gehen oder in die Demokratische Partei eintreten (*die Partei des Präsidenten Basescu – d.Red.*) (...). In meiner Anklageschrift gab es keinen Anklagepunkt gegen mich. Und dennoch wurde ich verurteilt.“

Dringender Aufruf der Internationalen Verbindung der ArbeitnehmerInnen und Völker (IAV)

(...) Nach diesem Drama kann die IAV nur wiederholen, dass sie den Schlussfolgerungen der Klage des Nationalen Gewerkschaftsverbandes MERIDIAN, die am 22. Mai 2006 beim IAO-Komitee für gewerkschaftliche Freiheiten eingereicht und registriert wurden, zustimmt: Die rumänischen Bergarbeitergewerkschafter im Gefängnis haben sich nichts anderes „zuschulden kommen lassen“, als ihr Gewerkschaftsmandat im Einklang mit IAO-Übereinkommen 87, das Rumänien ratifiziert hat, befolgt zu haben. Sie schweben heute in tödlicher Gefahr.

Die IAV ruft die Organisationen in jedem Land auf, die der freien Ausübung der von den IAO-Übereinkommen garantierten gewerkschaftlichen Rechte und der Demokratie verbunden sind, ihrer Empörung in allen Formen gegen-

über den rumänischen Behörden Ausdruck zu geben (mit Telegramm, Fax, Delegationen zu den Botschaften). Verlangen Sie von den Behörden, dass die ganze Wahrheit über die Umstände des Todes des Gewerkschaftsverantwortlichen Ionel Ciontu aufgedeckt wird, und bekräftigen Sie ihre Forderung nach sofortiger Freilassung der Bergarbeitergewerkschafter aus dem Gefängnis.

Die IAV ruft alle Organisationen auf, je nach ihren Möglichkeiten zu spenden für die sofortige materielle Solidarität mit der Familie von Ciontu auf (der Kollege hinterlässt eine Witwe mit drei Kindern, von denen das jüngste keine 20 Jahre alt ist) und mit den Familien der anderen Gewerkschafter im Gefängnis.

DANIEL GLUCKSTEIN
Koordinator der Internationalen
Verbindung der ArbeitnehmerInnen
und Völker

Interview mit Marian Tudor, rumänischer Arbeiterkämpfer

• **Kann man sagen, dass das gerade abgelaufene Drama vorhersehbar war?**

M. Tudor: Der Nationale Gewerkschaftsverband MERIDIAN, eine der repräsentativen Gewerkschaftsorganisationen in unserem Land, hat am 22. Mai 2006 beim IAO-Komitee für gewerkschaftliche Freiheiten vor nunmehr fast acht Monaten Klage eingereicht. Anhand von Fakten wurden darin in den Anhängen III und IV „Gefahren für die Gesundheit der Gewerkschafter im Gefängnis“ und „Gefahren für die Sicherheit der Gewerkschafter im Gefängnis“ angeprangert.

Die Freilassung aus gesundheitlichen Gründen wurde nicht nur Ciontu verweigert, sondern auch Constantin Cretan, der schwer herzkrank, leber- und augenkrank ist. Er hat im Juni 2006 eine Unterbrechung seiner Haft erreicht, musste nach zwei Monaten aber wieder ins Gefängnis, weil die Richter es ablehnten, die Haftverschonung zu verlängern. Und das geschah trotz der zustimmenden Empfehlung des Gefängnisarztes von Craiova!

Was die „Sicherheit“ der zusammen mit Kriminellen in den rumänischen Strafanstalten eingesperrten Gewerkschafter im Gefängnis betrifft, die, wurde durch die Klage bei der IAO

(Forts. S. 12 links)

Der Aufruf für den FONDS DER ARBEITERSOLIDARITÄT mit den rumänischen Bergarbeitergewerkschaftern und ihren Familien ist über die Redaktion zu beziehen.

Solidarität von GewerkschafterInnen und SozialdemokratInnen mit dem Marsch von US Labor against War auf Washington am 27. Januar 2007

Die Empfehlungen der sogenannten Baker-Hamilton-Kommission zur Änderung der US-Strategie gegenüber dem Irak ist kein „Friedensplan“. Er sieht vielmehr vor, dass eine „internationale Unterstützungsgruppe“ gebildet wird, um die Destabilisierung, die durch die US-angeführte Intervention in den Irak geführt hat, zu lösen. Jeden Tag sterben US-Soldaten und Iraker durch den von Bush provozierten Krieg. Die „internationale Unterstützungsgruppe“ soll sich zusammensetzen aus wesentlichen Staaten und internationalen Institutionen wie Deutschland, der EU usw. Die Entsendung zusätzlicher US-Soldaten in den Irak (gerade letzte Woche sind neue 3.200 US-Soldaten in Bagdad eingetroffen) und die geplante Aufstockung des US-Militärhaushalts um 8 Mrd. Dollar zeigen, in welche Richtung es unter Bush geht.

Gegen diese Politik sind am Wochenende wieder 10.000e in Washington dem Aufruf der Gewerkschaftsbewegung von »US Labor against War« gefolgt. Weil wir wissen, dass Merkel die „transatlantische Partnerschaft“ im Rahmen der deutschen EU-Präsidentschaft verstär-

ken will, hat die Frankfurter Redaktion der Zeitschrift »Soziale Politik & Demokratie« entschieden, eine Grußadresse an die US-amerikanische Arbeiterbewegung zu schicken.

Deutschland in den Baker-Plan zu integrieren bedeutet: zusätzliche Tornados in den Süden Afghanistans, bedeutet Aufstockung der Militärkontingente für Afghanistan, wie die Nato es gerade plant, bedeutet Aufstockung des deutschen Militärhaushalts und endgültige Umwandlung der Bundeswehr in eine Eingreiftruppe, wie es das Bundeswehr-Weißbuch von Jung vorsieht.

Als SozialdemokratInnen und GewerkschafterInnen können wir daraus nur eine Konsequenz ziehen: Rückzug aller deutschen Soldaten aus Afghanistan und aller anderen „out of area“-Einsätze, keinen Euro – keinen Cent für diese Militäreinsätze. Wir fordern von – insbesondere den SPD-Bundestagsabge-

Poster von USLAW

ordneten: Keine Zustimmung zum Einsatz deutscher Kampfflugzeuge im Süden Afghanistans, was im Bundestag zur Abstimmung steht.

MICHAEL ALTMANN

Solidaritätsadresse

Kolleginnen und Kollegen, wir unterstützen Euren heutigen Marsch zum Capitol „Das Volk hat gesprochen – Der Congress muss handeln: Bringt alle Truppen heim sofort!“ Euer Kampf, die US-Truppen nach Hause zu bringen, ist unser Kampf, unsere Soldaten aus Afghanistan zurückzuziehen.

Wie Ihr wisst, war das NEIN zum Irak-Krieg von der deutschen Regierung mit der Teilnahme an der Operation Enduring Freedom mit annähernd 3.000 Soldaten in Afghanistan erkaufte. Dies widersprach dem Schwur des deutschen Volks nach dem 2. Weltkrieg „Nie wieder Krieg von deutschem Boden“.

Wir wünschen Euch den größten Erfolg mit Eurer Demonstration zum Capitol, weil wir wissen, dass die Umsetzung des sogenannten Baker-Friedensplans durch Bush bedeutet: Mehr Anstrengungen aller Länder in der Welt, am langanhaltenden Krieg gegen den Terrorismus teilzunehmen, bis das US-Finanzkapital die ganze Welt kontrolliert.

Auch in Deutschland wissen wir, was das bedeutet: Abbau der sozialen Sicherungssysteme, Senkung der Löhne und des Lebensstandards, und auch Abbau von Demokratie.

Bush will die Ausweitung des militärischen Engagements der Bundeswehr unter der militärischen Führung der NATO und im Namen der UN erzwingen. Die Umsetzung des Baker-Plans für Deutschland bedeutet: Mehr Soldaten nach Afghanistan, Tornado-Kampfeinsätze im

Süden Afghanistans und mehr Zinksärge deutscher Soldaten, die nach Hause zurückgeschickt werden.

Deshalb kämpfen wir GewerkschafterInnen und SozialdemokratInnen für den Rückzug der deutschen Soldaten aus „out of area“-Einsätzen: „Keinen Euro, keinen Cent für 'out of area'-Einsätze.“

Die Verstärkung des militärischen Engagements in Afghanistan ist vom Bundestag noch nicht entschieden. Wir wollen unsere sozialdemokratischen Abgeordneten für das NEIN zu den Plänen der Großen Koalition unter Kanzlerin Merkel gewinnen, die die „transatlantische Partnerschaft“ unter der deutschen EU-Ratspräsidentschaft ausweiten will.

Wir sind uns sicher, dass die Opposition der deutschen SPD-Abgeordneten größer wird. Im Oktober 2005 hat nur ein SPD-Abgeordneter gegen die „Operation Enduring Freedom“ gestimmt, im November 2006 waren es bereits 13 SPD-Abgeordnete. Heute können sie sich nicht sicher sein, ob sie überhaupt die Mehrheit der SPD-Fraktion gewinnen werden.

Das zeigt: Euer Kampf „Bring the troops home now“ ist unser Kampf für keine deutschen Soldaten für „out-of-area“-Kampfeinsätze, Keinen Euro, keinen Cent für die Einsätze.

Mit solidarischen Grüßen vieler GewerkschafterInnen und SozialdemokratInnen aus Deutschland

Im Auftrag

Michael Altmann, Mitglied im AfA-Bezirksvorstand der SPD Hessen-Süd, ver.di
Heinrich Becker, Mitglied im Landesvorstand der GEW Hessen.

Marian Tudor... (Forts. v. S. 11)

durch den Gewerkschaftsverband Meridian aufgezeigt: „Am 24. März 2005 spät in der Nacht, als Miron Cozma immer noch in Bukarest im Gefängnis saß, verbreitete eine Fernsehsendung von OTV die Zeugenaussage eines ehemaligen Mithäftlings. Er sagte, man habe von ihm erpressen wollen, dass er Miron Cozma umbringt.“

• Welchen Aufruf möchtest Du heute an die internationale demokratische und Arbeiterbewegung, an die Gewerkschaften richten?

M. Tudor: Ich rufe die Arbeitnehmerorganisationen auf, sofort die notwendigen Gelder bereitzustellen, um den Familien der Gefangenen zu helfen, angefangen bei Ciontus Familie. (...) Besonders in Europa ist es mehr denn je notwendig, die bei der IAO im Mai 2005 eingereichte Klage zu unterstützen und von der rumänischen Regierung zu verlangen, dass sie sofort die Gefängnisstrafen aufhebt und unsere Kollegen Cozma, Cretan, Lupu, Lois und Beja freilässt. Das ist klar, es geht jetzt um eine Frage auf Leben und Tod.